



Protokoll

**3. und 4. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 9. Juli 2018, 18:00 Uhr bis 20:25 Uhr
Gemeinderatssaal, Stadthaus**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 114/2018 der Sekundarschulpflege: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017
- 4 Weisung 113/2018 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2017
- 5 Weisung 118/2018 des Stadtrates: Jahresrechnung 2017
- 6 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Matthias Bickel (FDP), Präsident Ursula Räuftlin (Grünliberale), 1. Vizepräsidentin bei TOP 4.2
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Barbara Thalmann Stammbach, Stadtpräsidentin Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Daniel Stein, Stadtschreiber
Sekundarschulpflege	Benno Scherrer, Präsident bis 18:25 Uhr
Entschuldigt	Thomas Wüthrich (Grüne)
Presse	David Marti, AvU

Der Präsident begrüsst die Medienvertretung und die Zuschauer, insbesondere Bürgerrechtsbewerberinnen und -bewerber auf der Tribüne. Zudem begrüsst er Stadträtin Petra Bättig, Stadtrat Stefan Feldmann und Stadträtin Karin Fehr Thoma sowie den Präsidenten der Sekundarschulpflege, Benno Scherrer, die heute erstmals teilnehmen. Und Barbara Thalmann ist heute erstmals als Stadtpräsidentin dabei.

Wir gratulieren unserem Ratskollegen Christoph Keller, der vor wenigen Tagen Vater geworden ist. (Applaus)

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 18).

Änderung Tagesordnung und Ersatzwahl einer Stimmzählerin ad hoc

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Stimmzähler Thomas Wüthrich (Grüne) kann heute nicht teilnehmen. Darum ist für diese Ratssitzung eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Der Präsident schlägt Meret Schneider (Grüne) vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagene als gewählt.

1 Mitteilungen

Im Auftrag unserer Öffentlichkeitsarbeit wird Christian Merz, Photograph, heute Bildaufnahmen erstellen.

Gegen die Kreditbewilligung für den Versuchsbetrieb der Buslinien 812 und 818 sind beim Bezirksrat Uster zwei Rekurse eingereicht worden. Der Gemeinderat hat am 4. Dezember 2017 den Antrag des Stadtrats zur Leistungsmotion 557/2016 angenommen (vergleiche Weisung 93/2017 und Anfrage 623/2018). Den Rekursen kommt von Gesetzes wegen aufschiebende Wirkung zu. Der Stadtrat wird in Anwendung von Art. 55b Abs. 1 GeschO GR die Vernehmlassung einreichen.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 2. Sitzung des Gemeinderates vom 4. Juni 2018 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Weisung 114/2018 der Sekundarschulpflege: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017

Rolf Denzler (SVP, Nänikon) im Ausstand.

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Walter **Meier** (EVP): *Die Subkommission, bestehend aus Patricia Morf, Patricio Frei und Walter Meier, hat sich am 11. Juni 2018 mit Thomas Pedrazzoli, Benno Scherrer, Anja Wolf und Alessandro Virgelli getroffen. Besten Dank den Beteiligten für das konstruktive Gespräch. Die Sekundarstufe Uster hatte im 2017 ein finanziell gutes Jahr. Es wurde ein Defizit von CHF 1.4 Mio. budgetiert. Die Jahresrechnung weist ein Defizit von CHF 0.9 Mio. aus. Das Ergebnis präsentiert sich also rund CHF 0.5 Mio. besser als erwartet. Hauptgrund für das bessere Jahresergebnis ist dem Umstand zuzuschreiben, dass Fr. 440'000 an Rückstellungen für die BVK-Sanierung aufgelöst werden konnten, weil die BVK per Ende 2017 einen Deckungsgrad von 100 % aufweist.*

Zu den Budget-Abweichungen im Einzelnen:

- *spur+ : Die Budgetabweichung beträgt Fr. 25'000 minus. Das Angebot wurde anfangs 2017 von anderen Schulgemeinden spürbar schlechter genutzt, was sich auf die Erträge negativ auswirkte. Die Auslastung hat sich im Laufe des Jahres jedoch stark verbessert. Die spur+ ist im Moment voll ausgelastet.*
- *Schulverwaltung: Budgetabweichung Fr. 19'000 minus. Aufgrund personeller Wechsel in der Schulverwaltung (Wechsel der Schulverwaltungsleitung, 2 x Wechsel Fachfrau Finanzen) führten zu Mehrkosten bei den Personalkosten. Bei den Sachkosten fielen die externen Beratungskosten mit 46'000 IST zu 17'000 Budget hoch aus. Dank Budgetdisziplin konnten diese Mehrkosten etwas aufgefangen werden.*
- *Finanzen und Steuern schliessen um CHF 262'000 besser ab als budgetiert. Bei den Steuern resultieren Mehreinnahmen von rund CHF 200'000 und dies obwohl die Steuern früherer Jahre um fast CHF 700'000 tiefer als budgetiert ausfielen. Die Abschreibungen fielen um CHF 240'000 tiefer aus, was das Ergebnis verbesserte. Zudem ist in diesem Bereich noch ein Buchverlust von CHF 78'000 verbucht worden, welcher aus dem Verkauf des Pavillons, welcher in der Schulanlage Weidli stand, herkommt. Dieser war noch nicht ganz abgeschrieben. Aber statt Entsorgungskosten konnte man beim Verkauf doch noch CHF 307'000 einnehmen.*
- *Bei den LG Liegenschaften resultieren CHF 133'000 höhere Kosten als budgetiert. Nicht vorgesehene Aufwände sind dafür verantwortlich: Kanalisationsarbeiten und die Erneuerung der Telefonanlage bei der Schulanlage Weidli sowie Belagserneuerung beim Schulhaus Freiestrasse.*
- *Bei der LG Unterricht: Hier wurden CHF 311'000 BVK-Rückstellungen aufgelöst; ohne diese Auflösung resultiert eine Budgetabweichung von CHF 22'000, welche auf divergierende Einflüsse zurückzuführen ist. Einerseits resultieren Mehrkosten von rund CHF 150'000 bei den SHP (Schulische Heilpädagogen; ist im Abkürzungsverzeichnis nicht enthalten) und Minderkosten beim DaZ und bei den Sachkosten.*
- *BWS: Hier scheint der neue Schulleiter die Kosten im Griff zu haben. Trotz schwierigen Umfeld wird hier ein Überschuss von CHF 142'000 ausgewiesen; wovon rund CHF 107'000 auf die Auflösung von BVK-Rückstellungen zurückzuführen sind. Aber auch ohne dies Auflösung hätte ein Überschuss von rund Fr. 34'000 resultiert und dies obwohl aufgrund tieferen Schülerzahlen die Schulgelder CHF 363'000 (ca. 8 % der Einnahmen) unter Budget lagen.*
- *Bei den übrigen Angeboten resultieren Minderkosten von rund CHF 56'000. Hauptanteil an diesem Resultat hat die Tatsache, dass für die Gymi-Schüler etwas weniger an den Kanton bezahlt werden musste als angenommen.*
- *Bei der Sonderpädagogik präsentiert sich das Bild wie gewohnt: Es hat mehr gekostet als budgetiert, diesmal CHF 128'000. Rund die Hälfte dieser Differenz kommt daher, dass man bei einer externen Heimplatzierung mit einer Mischfinanzierung (die Hälfte zahlt das Sozialamt) gerechnet hat, was dann aber nicht so war. Die andere Hälfte hat u. a. damit zu tun, dass 4 Flüchtlinge extern (bei der PSU in einer Aufnahmeklasse) beschult werden mussten, bis sie in eine SEK B eingeteilt werden konnten.*

- *KuSs: Budgetiert war ein (notwendiger) Überschuss von CHF 57'000, weil es noch Rechnungsdefizite von vergangenen Jahren auszugleichen gilt. Dank höheren Schulgeldern und der Auflösung von BVK-Rückstellungen im Umfang von CHF 25'000 fiel der Überschuss mit CHF 107'000 erfreulich aus. Um dies auch zukünftig zu sichern, wird das Schulgeld ab Schuljahr 2018/2019 erhöht.*

KBK und RPK haben dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung 2017 der Sekundarstufe Uster je einstimmig zugestimmt und beantragen dem Gemeinderat, dies auch zu tun.

Der Präsident der Sekundarschulpflege, Benno **Scherrer**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner**: *Im Eintretensreferat möchten wir wie in den Vorjahren die Leistungen der Sekundarstufe aus finanzpolitischer Sicht betrachten, denn darum geht es ja schlussendlich bei der Behandlung der Rechnung.*

Generell betrachtet zeigten die drei Leistungsgruppen eine hohe Budgetdisziplin, das ist erfreulich. Das Defizit von CHF 893'000 ist etwas besser ausgefallen als budgetiert. Dies aber nur, weil insgesamt rund CHF 400'000 Rückstellungen aufgelöst wurden. Doch in Prozenten des Umsatzes sind dies über 3 %, ohne Rückstellungen sogar knapp 5 %, das ist doch recht hoch.

Seit der Steuerfuss-Senkung 2013 schreibt die Sekundarschule Defizite. Das Nettovermögen von über CHF 10 Mio. ist innert 7 Jahren ins Negative gefallen, heute hat die Sekundarstufe eine Nettoschuld von knapp CHF 2 Mio. Wenn man noch einen zweiten kritischen Blick auf den Cashflow wirft, sieht das Resultat leider nicht besser aus. In den letzten 5 Jahren konnten die Investitionen nur gerade zu 43 % selber finanziert werden, und das ist eindeutig zu wenig. Diese kritische Prüfung der Rechnung ist nicht einfach so eine Interpretation unserer Seite, auch die von der Sekundarstufe mandatierte Beratungsfirma Swissplan kommt zum gleichen Schluss. Eine Verbesserung würde eine Anpassung des Steuerfusses bewirken. Leider hatten die Sekundarstufe wie auch der Gemeinderat den Mut nicht, die nötigen Anpassungen zu beantragen oder zu beschliessen. Es scheint so, dass man diesen unbequemen Entscheid lieber der nächsten Schulpflege überlassen wollte.

Wir hoffen, dass die Sekundarschule unter neuer Leitung Rechnung und Budget kritischer prüfen und die Verschuldung mit geeigneten Massnahmen auf der Ertragsseite stoppen werden.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen (im Ausstand 1):

- 1. Die Jahresrechnung 2017 der Sekundarstufe Uster wird genehmigt.**
- 2. Die Laufende Rechnung 2017 der Sekundarstufe Uster schliesst bei einem Aufwand von Fr. 27'271'033.51 und einem Ertrag von Fr. 26'378'335.92 mit einem Aufwandsüberschuss von Fr. 892'697.59 ab.**
- 3. Der Aufwandsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 892'697.59 wird dem Eigenkapital zugewiesen. Dieses reduziert sich per Ende Rechnungsjahr von Fr. 22'903'838.66 auf Fr. 22'011'141.07.**
- 4. Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von Fr. 4'578'090.18 ab.**
- 5. Mitteilung an die Sekundarschulpflege und den Bezirksrat.**

4 Weisung 113/2018 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2017

Gemeinsame Behandlung mit TOP 5 (Weisung 118/2018).

Präsident Matthias **Bickel**: *Zuerst sprechen Stadtrat und Rechnungsprüfungskommission, anschliessend Eintretensdebatte mit Worterteilung nach Grösse der Fraktionen und für weitere Ratsmitglieder. Danach werden die einzelnen Geschäftsfelder behandelt. Am Schluss findet je eine Abstimmung über die Weisung 113/2018 und über die Weisung 118/2018 statt.*

4.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder (GF) inklusive Investitionen

Für den Stadtrat nimmt der Abteilungsvorsteher Finanzen, Cla **Famos**, Stellung: *Der Stadtrat präsentiert Ihnen die Rechnung 2017. Ich möchte zuerst ein paar wichtige Kennzahlen beleuchten und in einem zweiten Schritt einen Ausblick auf das laufende Jahr und in die nähere Zukunft wagen. Die Jahresrechnung 2017 der Stadt Uster weist einen Gewinn von 4,5 Millionen Franken aus. Dieser Ertragsüberschuss ist hauptsächlich auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen. Dazu beigetragen haben aber auch der höhere Gewinnanteil der Zürcher Kantonalbank und die Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Sanierung der BVK.*

Dies ist ein erfreuliches Ergebnis. Es konnte erzielt werden, obwohl die Globalkredite insgesamt 3,9 Mio. Franken schlechter als budgetiert abschliessen. Die Globalkredite betragen gesamthaft 110,3 Mio. Franken. Der Globalkredit, welcher vom Gemeinderat im Dezember 2016 bewilligt worden ist, betrug lediglich 106,4 Mio. Franken. Die Geschäftsfelder unter der Verantwortung des Stadtrates haben um 1,2 Mio. Franken schlechter abgeschlossen als budgetiert. Die Primarschule hat um 2,2 Mio. Franken, das Geschäftsfeld Sozialhilfe um 0,5 Mio. Franken überschritten. Die parlamentarischen Dienste haben ihren Globalkredit unterschritten. Die beantragten Nachtragskredite von 4,8 Mio. Franken, welche ja im September 2017 durch den Gemeinderat bewilligt worden sind, wurden allerdings im Total nicht ausgeschöpft.

Uster hatte 2017 ein historisch hohes Investitionsvolumen. Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen liegen mit 37,5 Mio. Franken deutlich über dem an sich schon hohen budgetierten Wert von 32,7 Mio. Franken. Die hohe Realisierungsquote von 114,7 Prozent ist aber unter anderem auch auf den Kauf des Zeughausareals zurückzuführen.

Und nach wie vor hat die Stadt Uster in den nächsten Jahren weitere grosse Investitionen vor sich. Weiterhin gilt: Ein hohes geplantes Investitionsvolumen ist für eine prosperierende Stadt in der Grösse von Uster grundsätzlich als normal zu betrachten. Jedoch muss der Zeitpunkt der Realisierung der Investitionen geprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Investitionsvorhaben realistisch und finanzpolitisch verträglich budgetiert und realisiert werden können.

Der Cash Flow HRM (Selbstfinanzierung Steuerhaushalt) betrug hohe 18,5 Mio. Franken (Vorjahr 12,3 Mio. Franken). Aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens konnte aber nur ein Teil der Investitionen selber finanziert werden. Deshalb hat das Nettovermögen (Steuerhaushalt) im 2017 um 18,6 Mio. Franken abgenommen – es ist aber immer noch positiv. Es beträgt per 31. Dezember 2017 8,1 Mio. Franken oder 236 Franken pro Einwohner/in.

Das Eigenkapital beträgt neu 148,3 Mio. Franken – ein historischer Höchststand, auf den ich in der Pause eigentlich gerne mit Ihnen anstossen möchte!

Der Blick auf das Jahr 2017 ist also erfreulich. Allerdings mit drei Aber, die mich dann zum Ausblick 2018 überleiten:

Erstes Aber: Die Mehreinnahmen sind als nicht selbstverständlich zu erachten. Die deutlich höheren Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern z.B. sind auf drei grosse Steuerfälle zurückzuführen. Das zweite Aber: Die budgetierten Globalkredite konnten wie prognostiziert nicht eingehalten werden. Auch wenn die Überschreitung der Globalkredite unter den beantragten Nachtragskrediten liegt, ist klar: Es ist davon auszugehen, dass das starke Kostenwachstum auch für die nahe Zukunft in einem hohen Tempo weitergeht, wenn hier nicht Gegensteuer gegeben wird. Dies belastet den Gesamthaushalt stark und führt – drittes Aber – dazu, dass die Investitionen wahrscheinlich auch

zukünftig nur zum Teil aus eigener Kraft finanziert werden können – wenn sie sich im Total nicht wesentlich verringern.

Aktuell geht der Stadtrat für das laufende Geschäftsjahr 2018 aber – auch dies eine vorsichtig-positive Nachricht – wieder von einem Ertragsüberschuss aus. Dieser ist hauptsächlich auf deutlich höhere Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern zurückzuführen. Die voraussichtlichen Mindereinnahmen bei den Quellensteuern, den Steuerauscheidungen und den Steuern Vorjahre werden dadurch mehr als nur kompensiert.

Die langfristigen Schulden haben im Berichtsjahr um 14,4 Mio. Franken zugenommen. Dank dem Tiefzinsniveau konnten die Darlehen zu sehr günstigen Konditionen aufgenommen werden. Für die nächsten Jahre muss aber aufgrund der hohen geplanten Investitionen von einer weiter ansteigenden Verschuldung ausgegangen werden, wodurch sich das Nettovermögen der Stadt Uster in eine Nettoschuld verwandeln würde. «Würde» deshalb, weil einige Fragen zur Bilanzierung von Aktiven im Finanzvermögen unter HRM2 (neue Rechnungslegung per 01. Januar 2019) noch nicht abschliessend geklärt sind. Konkrete Zahlen werden voraussichtlich gegen Ende des 4. Quartals 2018 vorliegen. Ich hoffe, dann mit einer weiteren positiven Nachricht kommen zu können.

Trotzdem: Damit die Stadt auch in Zukunft über einen gesunden Finanzhaushalt mit einer soliden Eigenkapitalbasis verfügt, ist es zentral, dass die anstehenden und geplanten Investitionsvorhaben der nächsten Jahre kritisch geprüft und priorisiert werden.

Und schliesslich mein Ceterum Censeo: Die Stadt Uster leistet als regionales Zentrum seit Jahren viel für die ganze Region, profitiert aber leider nicht wie Zürich und Winterthur vom kantonalen Zentrumslastenausgleich. Dies schränkt den Handlungsspielraum von Uster stark ein. Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass Uster zusammen mit anderen Städten auch einen Zentrumslastenausgleich erhält. Der Kanton Zürich könnte dadurch noch stärker multipolar weiterentwickelt werden. Schliesslich bedanke ich mich einmal mehr für die gute Zusammenarbeit. Der Stadtrat wird sich auch in den nächsten Jahren für die Balance von gesunden Finanzen und guten städtischen Angeboten einsetzen.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Walter **Meier** (EVP): Die RPK hat die Jahresrechnung und den NPM-Jahresbericht an der Sitzung vom 2. Juli 2018 diskutiert. Der relativ gute Rechnungsabschluss – rund 4.5 Mio. Gewinn, ca. 18.5 Mio. Cash flow – reduzierte allerdings den Redebedarf in der RPK. Grössere Budgetüberschreitungen in den Geschäftsfeldern Steuerung und Führung, Stadtraum und Natur, Soziale Sicherheit, Pflege, Betreuung und Alter, Sozialbehörde sowie Primarschulpflege sind nachvollziehbar und teilweise durch Nachtragskredite abgedeckt.

Die RPK wurde nach den Gemeinderatswahlen im April an der Ratssitzung vom 7. Mai 2018 gewählt und hat sich an der Sitzung vom 28. Mai 2018 konstituiert. Die RPK ist an Amtsjahren eine junge Behörde; fünf Mitglieder wurden neu in die RPK gewählt, drei sind 2016 während der letzten Amtsperiode als Nachfolger von austretenden Mitgliedern gewählt worden und ein Mitglied ist schon seit mehr als einer Amtsperiode in der RPK. Trotzdem: Die Belegprüfung, die normalerweise im April / Mai stattfindet, musste im Juni „nachgeholt“ werden und die Antworten aus den meisten Geschäftsfeldern sind bereits vorhanden.

An dieser Stelle danke ich allen Mitarbeitenden der Stadt, der Sozialbehörde, der Primarschulpflege und der Sekundarschulpflege Uster für die gute Zusammenarbeit. Wir wurden ernst genommen und auch Fragen, welche frühere Mitglieder in der gleichen Kommission bereits einmal gestellt haben, wurden erneut beantwortet. Zur Belegprüfung folgende Bemerkungen:

1. Zum Belegtext: Aus dem Beleg muss hervorgehen, um was es sich handelt. Auch einem unbeteiligten Dritten muss verständlich werden, wofür das Geld ausgegeben oder eingenommen wird. Ein Belegtext „Orchidee“ sagt da zu wenig aus.
2. Wir sehen durchaus ein, dass es Weihnachtessen und Essen mit Gästen usw. gibt. Wir kritisieren auch nicht die Beträge, die dafür ausgegeben werden. Aber auch hier sollte aus dem Beleg hervorgehen, um was es sich handelt und wer daran teilnahm. Also z. B.: „Weihnachtessen GF Sport, 5 Personen“ oder die Namen notieren.
3. Grundsätzlich ist die Stadt Uster MWST-pflichtig. Aus diesem Grund müssten alle Belege die MWST-Anforderungen erfüllen; also z. B. Rechnungsempfänger muss die Stadt Uster sein, keine Privatperson. Es müsste vermerkt sein, wenn eine Firma oder eine externe Privatperson nicht mehrwertsteuerpflichtig ist, oder dass eine Kopie der Verfügung vorhanden ist, dass eine externe Privatperson / Einzelunternehmen bei der SVA als selbständig erwerbend gilt.

Die RPK hat auch den Bericht der BDO zur technischen Prüfung zur Kenntnis genommen. Bei den Anmerkungen der BDO geht es um marginale Korrekturen, resp. um Verbesserungspotential auf sehr hohem Niveau. Der Finanzverwaltung wird ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Die RPK hat der Jahresrechnung einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat, das Gleiche zu tun.

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner**: *Die SP-Fraktion nimmt das Rechnungsergebnis einmal mehr mit gemischten Gefühlen entgegen. Auf den ersten Blick kommt die Rechnung 2017 der Stadt Uster mit einem Ertragsüberschuss von CHF 4,5 Mio. positiv daher, budgetiert war ja «nur» ein Gewinn von CHF 0,4 Mio. Auf den zweiten Blick macht der Abschluss aber deutlich weniger Freude, kommt dieses Resultat doch nur dank höheren Grundsteuereinnahmen – diese sind einmalige und können nicht budgetiert werden – und der Auflösung von Rückstellungen zustande. Diese beiden Positionen machen rund CHF 8 Mio. aus. Ohne diese ausserordentlichen Einnahmen sieht das Resultat doch merklich anders aus.*

Positiv ist die grosse Budgetdisziplin, das heisst, die Verwaltung geht mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umsichtig um. Die Übersicht über die Globalkredite zeigt aber auch, dass unrealistische Budgetvorgaben in einigen Geschäftsfeldern nicht eingehalten werden konnten. Das überrascht die SP nicht, denn sie hat bereits bei der Vorstellung des Budgets die «copy-paste»-Budgetierung stark kritisiert.

Der Cashflow ist zwar höher als in den Vorjahren, aber die Investitionen konnten trotzdem nicht selber finanziert werden. Die langfristigen Schulden nahmen innert drei Jahren um CHF 65 Mio. auf rekordhohe CHF 95 Mio. zu. Die Finanzierung dieser Schulden ist zwar im Moment günstig, aber es besteht dadurch auch ein hohes Zinsrisiko. Eine Erhöhung der Zinsen um ein Prozent entspricht in etwa einem Steuerprozent.

Erfreulich für die SP ist, dass die Stadt stark investiert hat. Dies war dringend nötig und muss so fortgesetzt werden. Auch in den kommenden Jahren muss in die Infrastruktur und die Angebote einer wachsenden Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität investiert werden.

Noch eine kritische Anmerkung zu den stadträtlichen finanzpolitischen Zielen: Alle fünf vom Stadtrat selbst festgelegten finanzpolitischen Ziele wurden nicht erreicht. Das ist bedenklich.

Die Herausforderungen liegen für die Stadt Uster aktuell nicht so sehr bei der Laufenden Rechnung, sondern bei der Finanzierung der anstehenden und für die Stadt Uster wichtigen Investitionen. Die Finanzierung muss sichergestellt werden, allenfalls auch durch eine Erhöhung bei den Einnahmen. Der «neue» Stadtrat muss prüfen, wie er die nötigen Investitionen finanzieren und gleichzeitig die zunehmende Verschuldung in den Griff bekommen kann. Hoffentlich hat er mehr Mut dazu, eine vorausschauende Finanzpolitik zu betreiben.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Die SVP Uster betrachtet den Jahresabschluss 2017 der Stadt Uster mit gemischten Gefühlen. Ein Einnahmenüberschuss stimmt grundsätzlich positiv. Allerdings zeigen die Abweichungen bei den Steuereinnahmen, dass diese auch mit sorgfältiger Planung eine Portion Unberechenbarkeit enthalten, insbesondere wenn einige grosse juristische Personen mit Steuerschwankungen so bedeutend ins Gewicht fallen.*

Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass Uster für Unternehmen u. a. auch steuerlich attraktiv bleibt. Neben der hohen Lebensqualität für die Einwohnerinnen und Einwohner müssen sich auch Industrie und Gewerbe in Uster wohl fühlen. Eine Zunahme von juristischen Personen in Uster ist aus jedem Betrachtungswinkel erstrebenswert. Nicht zuletzt auch, um die Steuerlast auf mehrere Schultern zu verteilen und damit auch planbarer zu gestalten. Der Steuerfuss muss tief gehalten werden.

Wenn also auf der Einnahmenseite gewisse Faktoren nicht oder nur beschränkt beeinflussbar sind, müssen die Zahlen auf der Ausgabenseite umso mehr unter Kontrolle gehalten werden. Das stete Wachstum der Globalkredite bereitet der SVP Uster daher Sorge und Unbehagen. Zum Wachstum aus den Anträgen aus der Verwaltung kommen regelmässig politische Begehrlichkeiten und Partikularinteressen hinzu. Eine Mehrheit aus Mitte-Links zeigt sich jeweils in den Budgetdebatten grosszügig im Ausgeben von Steuergeldern. Mass- und sinnvolle Kürzungsanträge von bürgerlicher Seite haben kaum je eine Chance.

Dass die Globalkredite 2017 nun unter Budget abschliessen, liegt nur daran, dass das Parlament im Herbst mit massiven Nachtragskrediten aufstocken musste. Die dazu genannten Sparbemühungen sind hingegen lobenswert.

Das weiterhin hohe Investitionsvolumen und die Abnahme des Nettovermögens gehen Hand in Hand und können bei sorgfältiger Planung in der vom Stadtrat immer kommunizierten Vorgehensweise gut getragen werden. Das finanzpolitische Ziel eines hohen Nettovermögens wird damit zwar verpasst, muss aber mit der aktuellen Situation in Relation gebracht werden.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ursula **Räubtlin** (Grünliberale): *Die Jahresrechnung der Stadt Uster schliesst 2017 mit einem Ertragsüberschuss von 4.5 Millionen Franken deutlich besser ab als budgetiert. Werden noch die gesprochenen Nachtragskredite von rund 4.8 Mio. Franken berücksichtigt, lagen die Prognosen um mehr als 9 Millionen Franken daneben. Dieser Ertragsüberschuss ist aber nahezu vollständig auf stark gestiegene, nicht beeinflussbare Einnahmen, mehrheitlich Steuereinnahmen, zurückzuführen. Die Steuereinnahmen sprudeln offenbar, aber mit Unregelmässigkeit, ja fast schon Zufälligkeit. Das zeigt sich vor allem bei den Grundstückgewinnsteuern, die nur schwer zu planen sind.*

Unsere Fraktion ortet deshalb den Handlungsbedarf bei den Globalkrediten, also den Ausgaben. Diese müssen und können durch den Stadtrat geplant und gesteuert werden – im Gegensatz zu den erwähnten Erträgen, welche eher zufällig anfallen. Entscheidend ist daher die Budgetgenauigkeit bei den durch den Stadtrat zu verantwortenden Ausgaben. Dass der Stadtrat einzelne Globalkredite im Jahr 2017 massiv überschritt und Nachtragskredite beanspruchte, wird hinter den „Erfolgsmeldungen“ vom Ertragsüberschuss und der höheren Steuererträge versteckt und stellt dem scheidenden Stadtrat kein gutes Zeugnis aus. Wir sind gespannt, wie das neue Gremium in der neuen Legislatur die Aufgaben meistern wird.

Die Investitionsrechnung hingegen zeigt wiederum ein sehr hohes Volumen von beinahe 40 Mio. Franken. Mit dem Schulhaus Krämeracker und der Sanierung Liegenschaft Dammstrasse stehen weiterhin noch zwei Grossprojekte gleichzeitig im Bau. Zusätzlich konnte im Jahr 2017 auch der Kauf des Zeughausareals abgewickelt werden. 2017 wurden insgesamt 113 % des Investitionsbudgets ausgegeben. Damit konnte das angestrebte Ziel von mindestens 80 % weit übertroffen werden. Mit einem Cash Flow von 18.5 Mio. Franken konnten die Investitionen zu nahezu 50 % aus der laufenden Rechnung finanziert werden.

Dies stimmt unsere Fraktion zuversichtlich, ist es doch notwendig, für das grosse bevorstehende Investitionsvolumen in Usters Infrastruktur über ein Polster zu verfügen. Dem Selbstlob zum „historischen Höchststand“ des Eigenkapitals kann unsere Fraktion nur wenig abgewinnen. Wir stehen für gesunde Finanzen ein, es braucht aber verstärkte Bestrebungen, damit Uster das Bevölkerungswachstum bewältigen kann und die Stadt zu einem attraktiven Standort wird. Dazu reicht der Blick auf die Finanzen nicht: es braucht ein Zentrum, das zum Verweilen einlädt; es braucht ein Zeughausareal, das mit kulturellem Leben gefüllt ist; es braucht Grünräume von hohem Erlebniswert; es braucht Schulen, welche unsere Kinder auf die Zukunft vorbereiten. Und dafür braucht es weiterhin gezielte Investitionen und nicht ein Schielen auf mögliche Steuersenkungen. Den zweiten Teil dieser Aussage aus der grünliberalen Medienmitteilung zur Rechnung können wir uns in Anbetracht des neu gewählten Stadtrat sparen.

Die Berichte zum Rechnungsjahr geben uns Gemeinderäten und der Bevölkerung Auskunft zu den erbrachten Leistungen, den verursachten Kosten und den erzielten Einnahmen. In den Subkommissions- und Kommissionssitzungen wurden die von uns gestellten Fragen zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Wir danken allen Abteilungen für die gute Dokumentation ihrer Arbeit, natürlich auch für die Leistungserbringung als solches und die angenehme Zusammenarbeit. In diesem Sinne wird unsere Fraktion die Anträge zur Jahresrechnung 2017 sowie zum NPM-Jahresbericht 2017 einstimmig annehmen.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Wir danken für den guten Abschluss 2017 und auch für den vom Stadtrat gewagten Ausblick für 2018. Auch uns freut der positive Jahresabschluss der Stadt Uster mit einem Ertragsüberschuss von rund 4.5 Mio. Franken. Natürlich ist dieses Ergebnis teilweise auf Sondereffekte zurückzuführen. Dahinter steht aber auch eine erfreuliche Entwicklung bei den Steuereinnahmen. Noch schöner wäre es natürlich, die relative Steuerkraft würde sich entsprechend dem kantonalen Mittel oder besser entwickeln.*

Besonders erfreulich ist, dass der Voranschlag der Stadt Uster trotz Nachtragskrediten um 4.1 Mio. Franken übertroffen werden konnte. Die Rechnung zeigt auch, dass gegenwärtige Investitionsphase für die Stadt Uster verkraftbar ist. Die Finanzierung der künftigen Investitionen braucht aber eine

weit vorausschauende Finanzpolitik. Darunter verstehen wir nicht eine Steuererhöhung auf Vorrat, sondern eine Priorisierung aller städtischen Aufgaben und Ausgaben.

Die Abteilungen sind für ihre Budgetdisziplin zu loben. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass das Ausgabewachstum mit bereinigten 2,1 % aus Sicht der FDP. Die Liberalen insgesamt dennoch zu hoch ausgefallen ist. Insbesondere bei der Primarschule und der Sozialhilfe ist die Stadt gefordert, das Kostenwachstum in den Griff zu bekommen. Es kann hier nicht einfach so weitergehen. Für die kommenden Jahre fordert die FDP. Die Liberalen daher weiterhin eine konsequente und restriktive Investitionsplanung sowie eine grosse Ausgabendisziplin aller Geschäftsfelder. Damit Uster als Wohnort sowie für Firmen auch in Zukunft attraktiv und konkurrenzfähig ist, ist es das Ziel der FDP. Die Liberalen, den Steuerfuss längerfristig nicht nur zu halten, sondern nach Möglichkeit weiter zu senken. Ein solches Ziel ist anspruchsvoll – da sind wir realistisch genug – aber unser Ziel bleibt es.

Wir stimmen sowohl dem NPM-Jahresbericht wie auch der Rechnung 2017 zu.

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *«Eigenartig» ist diese heutige Gemeinderatssitzung zu einer Jahresrechnung. «Eigenartig» deshalb, weil fast die Hälfte der Stadträte erst seit einer Woche im Amt sind und somit kaum verlässlich Auskunft zu möglichen Detailfragen geben könnten, geschweige denn die vorliegenden Zahlen in irgend einer Weise verantworten können. «Eigenartig» auch deshalb, weil diejenigen Stadträte, die eigentlich für diesen Abschluss verantwortlich sind, seit kurzem nicht mehr im Amt sind. An dieser Stelle der nicht «eigenartige» Wunsch, dass sich dies bei der nächsten Legislatur nicht wiederholen möge und die Verabschiedung des Jahresabschlusses noch vor der Verabschiedung scheidender Stadträte geschehen soll.*

Zur eigentlichen Rechnung:

Die Jahresrechnung 2017 präsentiert sich scheinbar besser als jene im Vorjahr, dabei verdüstert sich der Finanzhimmel dramatisch weiter. Die langfristigen Schulden nahmen um über 14 Millionen Franken zu, die Passivzinsen lagen knapp 60 % über dem Voranschlag. Gleichzeitig schmilzt das Nettovermögen (Gesamthaushalt) wie Schnee an der Sonne um satte 16,6 Millionen Franken. Pro Einwohner reduzierte sich das Nettovermögen um rund 60 %! Bei unseren Strassen müssen wir einmal mehr einen Wertverlust von über 2 Millionen Franken hinnehmen, auch beim Unterhalt der Liegenschaften hat die Stadt den Sollwert deutlich verfehlt. Uster hat in einem Jahr über 350 Arbeitsplätze (Beschäftigte) verloren und die Zufriedenheit der städtischen Angestellten ist auf einen historischen Tiefpunkt gesunken.

Nur einmalige Sonderereignisse wie höhere Steuererträge – v. a. Grundstücksgewinnsteuer! – oder die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen sowie ein höherer Anteil am ZKB-Gewinn im Gesamtumfang von rund 10 Millionen Franken verhinderten ein Finanzdebakel! Das Eingeständnis des Stadtrates, dass seine finanzpolitischen Ziele «nur teilweise eingehalten» werden konnten, ist nichts als Schönfärberei. Die Grünen wiederholen ihre Feststellung vom letzten Jahr: Der Stadtrat mit seiner Vogel-Strauss-Politik scheint auf einmalige Sondererträge zu vertrauen und kann die anfallenden Ausgaben nicht mehr ordentlich finanzieren.

Besonders deutlich wird dies bei den Globalbudgets in der Verantwortung des Stadtrats. Um 5 % haben die Aufwendungen zugenommen – trotz einer aufwändigen, generellen Leistungsüberprüfung und linearen Budgetkürzungsvorgaben. Die Politik des noch für diese Rechnung verantwortlichen bürgerlich dominierten Stadtrates hat komplett Schiffbruch erlitten. Es ist völlig unglaubwürdig, dass Finanzvorstand Cla Famos mit einer «Erhöhung der Verschuldung» und einer «restriktiven Ausgabenpolitik» einen Ausweg aus der desolaten Lage findet.

Demgegenüber erbrachte die Primarschulpflege eine erstaunliche Leistung, betrug das Ausgabenplus im Vergleich zum Vorjahr doch lediglich 0,42 % – trotz steigender Schülerzahlen und gesteigerter Ansprüche.

Die bürgerliche Finanzpolitik der leeren Kassen hat versagt und definitiv ausgedient. Nachhaltige Finanzpolitik sieht anders aus. Die vom Stadtrat in Aussicht gestellte Gesamtverschuldung und der rasante Verzehr des Nettovermögens sind inakzeptabel, weitere Einschnitte im Schul- und Sozialwesen aber nicht möglich.

Ein Geschäftsfeld gilt es für uns Grüne aber noch besonders hervorzuheben: Im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur zeigen die Kennzahlen einen starken Rückgang bei mehreren Leitarten: Hasen, Feldlerche und Goldammer sind vom Ustermer Boden praktisch ganz verschwunden. Auch andere Tierarten machen sich hier zunehmend rar. Das ist mehr als beunruhigend, obschon es offenbar dem nationalen Trend entspricht. Der starke Rückgang der Biodiversität verlangt auch von Uster, dringend mit geeigneten Massnahmen Gegensteuer zu geben, solange dies noch möglich ist. Wünschenswert wäre eine Orientierung am Aktionsplan Biodiversität des Bundes.

Fazit:

Die Zahlen der Jahresrechnung 2017 zeigen, dass die linearen Sparvorgaben der bisherigen bürgerlichen Stadtratsmehrheit Augenwischerei sind. Die Stadt wächst – und damit die Ausgaben. Die Zitrone ist ausgepresst, eine weitere Verschuldung unerwünscht, eine Steuererhöhung unumgänglich.

4.2 Geschäftsbericht Gemeinderat

Für die Geschäftsleitung (GL) referiert Präsident Matthias **Bickel** (FDP), darum übernimmt die 1. Vizepräsidentin, Ursula Räuftlin (Grünliberale), den Vorsitz: *Der NPM-Jahresbericht 2017 über unser eigenes Geschäftsfeld zeigt erneut eine Punktlandung. Im vergangenen Jahre entstanden budgetierte Mehrausgaben für die Feiern zum 90jährigen Jubiläum unseres Parlaments und für die jährliche Tagung des Forums der Parlamentsdienste der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP), wobei für letztgenannten Anlass entsprechende Erträge in Form von Tagungsbeiträgen gegenüberstehen. Die Geschäftsleitung zeichnet seit 2017 verantwortlich für Rechnung und Voranschlag, die Rechnungsprüfungskommission nimmt wie bisher ihre Aufsichtsfunktion wahr.*

4.3 Geschäftsbericht Stadtrat

GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Mary **Rauber** (EVP): *Die zahlreichen Fragen der KÖS wurden schnell und ausführlich beantwortet, wofür wir uns bedanken. Mit einem Ergebnis von CHF 3'741'000 wurde der Globalkredit um CHF 281'000 überschritten. Insgesamt hat das GF 17 Stellen. 1,8 Stellen für die Lohnbuchhaltung wurden per 1. Juli 2017 von der LG Finanz- und Rechnungswesen in den Personaldienst verschoben.*

Durch die Leistungsüberprüfung (LÜP) konnten die Leistungen in den letzten Jahren optimiert werden. Es stehen noch wichtige Themen wie die digitale Transformation an, welche ebenfalls der Leistungs- und Prozessoptimierung dienen.

Weil 2017 das neue Bundesgesetz über das Bürgerrecht in Kraft getreten ist und auch der Kanton die Verordnung per 1. Januar 2018 angepasst hat, ist die kommunale Bürgerrechtsverordnung bis auf einen Punkt aufzuheben. Eine entsprechende Weisung wird der Gemeinderat erhalten. Da Bundesrecht und kantonales Recht direkt anwendbar sind, entsteht bis zur Aufhebung der kommunalen Bürgerrechtsverordnung kein rechtliches Vakuum.

Die Umsetzung des LA „Inklusion“ wurde dem GF Präsidiales übertragen. Dies nachdem ein Ausschuss der Kaderkonferenz und Leitungspersonen von Werkheim und Wagerenhof das Thema ausführlich analysiert und besprochen hatte.

Im Zusammenhang mit der Revision der Gemeindeordnung (GO) wird es eine Volksabstimmung geben. Diese ist für das zweite Quartal 2021 geplant. Der Revisionsvorschlag wird die durch den Gemeinderat bereits verabschiedeten Teilrevisionen enthalten (z. B. Jugendmotion), aber auch die aufgrund des neuen Gemeindegesetzes erforderlichen Änderungen oder Anpassungen. Ein mit der Geschäftsleitung des Gemeinderats abgesprochener Zeitplan wurde dem Gemeinderat informell zur Kenntnis gebracht.

Das Öffentlichkeitsprinzip ist seit dem 8. Mai 2018 umgesetzt. Es ist ein weitgehend digitalisierter Prozessablauf implementiert worden.

Die Einwohnerzufriedenheitsumfrage erfolgte im September 2017 und die Auswertung gegen Ende Jahr. Die Ergebnisse waren der Befragung 2013 ähnlich und wurden der Öffentlichkeit inzwischen vorgestellt.

Die Zufriedenheit der Angestellten erreicht nicht den angestrebten Wert. Die Abteilungen sind aufgefordert, die auf sie passenden Maßnahmen festzulegen. Die „Work-Life-Balance“ ist im Rahmen der Gesundheitsförderung ein grosses Anliegen der Verwaltungsführung. Es werden dahingehend mittelfristig auch weitere Maßnahmen ergriffen. 2017 wurden keine spezifischen Daten über die Gleichstellung der Geschlechter erhoben. Der Personaldienst wird 2018 eine systematische Untersuchung der Lohngleichheit durchführen und in der Folge über die Resultate informieren.

Von der LG Organisation und Controlling wurde der Risikokatalog aktualisiert, dabei sind einige Risiken überarbeitet worden oder neu dazugekommen. Das Thema „Risikomanagement“ wird in den kommenden Monaten durch die Gesamtverwaltung aufgearbeitet und im Rahmen einer so genannten Risikopolitik dem Stadtrat unterbreitet.

GF Präsidiales

Für die KÖS referiert **Hans Denzler** (SVP): Die gestellten Fragen wurden schnell und ausführlich beantwortet.

Total Globalkredit 2017 CHF 1'098'000, Budgetierung 2017 CHF 1'019'000. Somit wich der Globalkredit 2017 im Vergleich zur Budgetierung um CHF 79'000 ab, und zwar im negativen Sinn.

Die vier wichtigsten Positionen, die zur Abweichung beigetragen haben:

CHF 100'000 Beitrag Herzkern (Gemeinderatsbeschluss), CHF 30'000 Beitrag Uster on Ice (Stadtratsbeschluss), CHF 18'000 Mehrausgaben GF Präsidiales und CHF 73'000 eingesparte Ausgaben Öffentlichkeitsarbeit.

Die in der Höhe von CHF 73'000 eingesparten Ausgaben sind zurück zu führen auf die Verzögerungen in den Projekten Info-Broschüre, barrierefreie Kommunikation und Stadtmagazin.

Die Durchführung des Vereinstages im Zentrum und die Entkopplung vom Willkommenstag hat sich bewährt. Der Anlass unterstützt das Ziel 04 der Standortförderung und belebt das Zentrum.

Am 14. März 2017 startete das GF Präsidiales mit der Umsetzung Verein Herzkern. Zuerst mussten die Strukturen geschaffen werden (Vereinsgründung, Statuten, Grobstrategie, Massnahmenplanung) und das Stellenprofil der Geschäftsleitung erarbeitet werden. Danach konnte die Geschäftsleiterin rekrutiert werden (Sandra Hausmann). Der Herzkern-Kredit wurde nicht ausgeschöpft.

Die Zusammenarbeit mit dem RZO läuft nicht rund, aus verschiedenen Gründen: Standort-Geschäftsstelle (Haus der Region). Interesse Uster und Oberland nicht auf gleicher Augenhöhe. Uster möchte sich 2021 wirtschaftlich nach Zürich ausrichten. Der KÖS werden die Quartalsberichte zugestellt.

Die KÖS hat den NPM Bericht zum GF Präsidiales mit 8 Stimmen, eine Person abwesend, genehmigt.

GF Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Beatrice **Mischol** (Grünliberale): Das Geschäftsfeld Kultur schliesst mit einem Globalkredit von CHF 3.632 Mio. und damit um CHF 6'000.- besser ab als budgetiert. Das Ergebnis wäre noch besser, wenn die ausstehende Rückvergütung durch den Kanton Zürich erfolgt wäre.

Im Bereich «Frühe Kindheit» wurden mehrere Angebote und Massnahmen durchgeführt. Dabei hat sich das "Familienzentrum" als Mittelpunkt etabliert, hier einige Beispiele:

- Elternbriefe und allgemeine Information der Eltern
- Eltern-Kind Angebote wie «Startklar»
- «Zeppelin» Förderung direkt nach der Geburt
- Entlastungsangebote für Eltern (z.B. Kindernotfallbetreuung durch Freiwillige in Zusammenarbeit mit dem Familienzentrum und sonstige Beratungsangebote für Eltern.

Es wurden vier Spielgruppen im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms (Spielgruppen mit Sprachförderung) unterstützt. Dabei werden nur die zusätzlichen Kosten für die Sprachförderung gedeckt. Zusätzlich findet im geringen Umfang eine Förderung der im Familienzentrum beheimateten Spielgruppen statt (günstige Mietkonditionen).

Es ist die Frage aufgetaucht, um welche Veranstaltung es sich gehandelt hatte, die so gut besucht wurde? Und ob eine Wiederholung geplant ist?

Es handelte sich um eine Informationsveranstaltung für fremdsprachige Eltern mit Kindern im Vorschulalter. Aufgrund einer technischen Panne wurden aber auch zahlreiche deutschsprachige Eltern eingeladen. Eine Wiederholung ist daher nicht vorgesehen. Es ist geplant, diese Personengruppe mit einem neuen Angebot anzusprechen, welches an die Bedürfnisse der schon länger ansässigen Bevölkerung angepasst wird. Eine Einführung ist aus Kapazitätsgründen erst im Jahr 2019 möglich. Die Nachfolge des „Open Sunday“ konnte umgesetzt werden und ist gut angelaufen. Es kann in der Einführungsphase aber noch zu Anpassungen, Verbesserungen und Optimierungen kommen. Die Nachfolge des „Midnight Sport“ ist noch in einem provisorischen Betrieb. Es ist beabsichtigt, auf den Grundlagen des Pilotbetriebs eine definitive Einführung auf Winter 2018/19 vorzunehmen. Die Stadtbibliothek wird neu als dritter Ort genannt. Zum Massnahmenkatalog für Bibliothek und was ist bereits umgesetzt:

- *Arbeitsplätze für Studenten wurden vergrössert und besser eingerichtet*
- *„Lounge“ wurde kundenfreundlicher eingerichtet*

Unter anderem werden folgende Massnahmen geprüft:

- 1. Platz schaffen für Kunden das heisst eine Reduktion vom Medienbestand*
- 2. Aussenbeschriftung Bibliothek*
- 3. Signaletik und Gestellbeschriftung verbessern*
- 4. Lese-Ecke im oberen Bereich einrichten*
- 5. Verlängerung der Öffnungszeiten Mo-Fr. generell von 9.00-19.00*
- 6. Test für Öffnung am Sonntag von November 2018 bis Februar 2019*
- 7. Projekt "Kunde im Zentrum" (Überprüfen der Servicequalität*

Das GF Kultur gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KBK empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

GF Finanzen

*Für die KÖS referiert Christoph **Keller** (SVP): Vorab danke ich für den Applaus zur Geburt meiner Tochter. Das hat mich sehr gefreut.*

Wie folgt berichte ich Ihnen über die wichtigsten Punkte aus der Rechnung 2017 zum GF Finanzen: Allgemein: Dank der Leistungsüberprüfung wurde ein elektronisches Kreditorensystem eingeführt. Das Gegenstück, ein elektronisches Debitorensystem, ist noch pendent, da es kantonale Vorgaben zu berücksichtigen gilt. Der gesamte Bereich „Schulen“ ist LÜP-technisch noch nicht bewirtschaftet worden.

Im GF Finanzen ist die Anwendung des neuen HRM2 zu berücksichtigen. Dies führt zu Neubewertungen im Finanz- und Verwaltungsvermögen per 1. Januar 2019.

Die Liquidation der Personalkonti wurde dank dem Engagement der lokalen Geschäftsbanken durch die Mitarbeitenden neutral aufgenommen. Jedes Batzeli fand ein neues Kässeli.

In der LG Steueramt zeigt sich weiterhin, dass die Steuern als letzte Verbindlichkeit von der Bevölkerung bezahlt werden. Die Mahnprozesse laufen gut. Wer nicht bezahlen kann, befindet sich meist bereits im Kontakt mit staatlichen Stellen, um aus den Schulden herauszukommen. Wer nicht bezahlen möchte, ist schwer zu erreichen.

In der LG Informatik wird der grüne Gedanke gelebt. Weniger und effizientere Drucker werden eingesetzt.

In der LG Finanz- und Rechnungswesen ist die IKS-Weisung operativ. Leider gilt dies für die anderen Bereiche der Stadt nicht. Dafür zeichnet das GF Steuerung und Führung verantwortlich. Im Laufe dieser Legislatur soll sich auch dort der IKS-Gedanke entfalten.

GF Liegenschaften

Für die KÖS referiert Monika **Fitze** (SP): *Am 18. Juni 2018 Besprechung mit Cla Famos, Patrick Wolfensberger und Thomas Bornhauser aufgrund der zusammengestellten Fragen zum Jahresbericht. Die wichtigsten Themen und Projekte:*

LG Grundstückbewirtschaftung

Die Stadt Uster kann nun über das gesamte Zeughausareal für die geplante Zwischennutzung verfügen. Die Immobilienbewirtschaftung arbeitet für das Zwischennutzungskonzept eng mit der Abteilung Präsidiales zusammen.

Zudem konnte das in der Reservezone liegende Grundstück Mühleholzstrasse erworben werden. Diese Reservezone grenzt an das Entwicklungsgebiet „Müliholz“. Im Rahmen der Revision der Ortsplanung könnte eine Erweiterung dieser Reservezone zum Entwicklungsgebiet Mühleholz erfolgen. Ein Kaufrechtsvertrag wurde für die Liegenschaft Wagerenstrasse 45 beurkundet, eine Liegenschaft, welche für die Spitex Uster Entwicklungsmöglichkeiten bieten könnte.

Aufgrund der Arbeiten am Projekt Stadtraum Uster 2035 evaluieren sämtliche Abteilungen bis 2019 ihren voraussichtlichen Raumbedarf bis 2035.

LG Baumangement

Im Grossprojekt „Gesamtsanierung Werkhofareal“ kam es zu Planungsverzögerungen aufgrund von Projektanpassungen und Verzögerungen im Baubewilligungsverfahren. Es wurde uns versichert, dass obwohl von aussen kaum Veränderungen sichtbar sind, im Innern bereits wichtige Arbeiten fertiggestellt werden konnten. Das erste Teilprojekt, die statische Sanierung Hofgeschoss, wurde erfolgreich umgesetzt. Mit einer Baufertigstellung wird 2022 gerechnet.

An der Freiestrasse 2, wo die Stadtverwaltung Einzug halten soll, ist der Umbau im Gange.

LG Schulliegenschaften

Im Sommer wird das neue Schulhaus Krämeracker eröffnet. Die ganze Neuorganisation der Bewirtschaftung der Infrastruktur ist arbeitsintensiv und anspruchsvoll.

Es konnten vier neue Pausenplätze gestaltet werden. Zudem wurde der Kindergarten Weidli renoviert.

Die Wirkungsprüfung im Geschäftsfeld Liegenschaften, in der LG Grundstückbewirtschaftung hat ergeben, dass das Ziel Z 05 umformuliert werden soll.

Statt „Die Fortführung des Landwirtschaftsbetriebes Dietenrain wird im 2017 neu festgelegt“ zu „Die Stadt Uster bewirtschaftet mindestens einen Landwirtschaftsbetrieb“.

Das Thema des geplanten Bevölkerungswachstums soll auch in den Wirkungs- und Leistungszielen Niederschlag finden.

Bis anhin fehlt in diesem Geschäftsfeld ein Indikator. Es soll möglichst auf das neue Budget ein Indikator bestimmt werden. Die Diskussion und Beratschlagung zwischen den KÖS-Mitgliedern wird weitergeführt.

Die KÖS hat dieses Geschäftsfeld mit einer Abwesenheit einstimmig angenommen.

GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert Jürg **Krauer** (FDP): *Mit minimalen Minderausgaben von 40k CHF wurde der Globalkredit von 5.074 Mio. CHF im Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt nur leicht unterschritten. Grössere Abweichungen haben sich bei den «Internen Verrechnungen» ergeben, da die Budgets jeweils auf Basis der Vorjahreszahlen gemacht werden, für das Budget 2017 also mit den effektiven Zahlen 2015. Mit der Einführung von HRM 2 im Jahr 2019 sollte das System der internen Verrechnungen klarer geregelt sein und solche Abweichungen kleiner werden.*

Bei den Investitionen wurden anstatt der budgetierten 5.25 Mio. CHF nur 4.087 Mio. CHF ausgegeben, also 20 % weniger. Die Gründe dieser Abweichung sind nachvollziehbar. Zum einen führte ein Rekurs zu Verzögerungen der ersten Sanierungsetappe der Gschwaderstrasse, zum anderen wurde eine Investition in der LG ARA bereits im 2016 gemacht.

Generell zeigen sich in der Investitionsrechnung bei der Budgetierung der Investitionen sehr häufig Abweichungen. Hauptgründe hierfür sind, dass die Budgetierung jeweils 6 bis 18 Monate vor der Leistungserbringung erfolgt. Die Dauer der Verfahren mit Mitwirkung, Landerwerb, Auflage, Festsetzung, Bewilligungen und immer häufiger Verzögerungen durch Rekurse sind nur sehr schwierig abzuschätzen und daher ergeben sich solche Verschiebungen in der Investitionsrechnung. Das Jahr 2017 war für das GF Infrastrukturbau und Unterhalt relativ unspektakulär. Neben den alljährlichen Themen wie die Werterhaltung des Strassennetzes, die Behebung der Schwachstellen des Velonetzes, mittlerweile sind 80 % der Schwachstellen behoben oder die Grenzwertüberschreitungen bei der ARA, ist aber sicher der Strassentausch mit dem Kanton erwähnenswert. Per 1. Januar 2018 gingen die Brunnenstrasse vom Bahnübergang bis zur Oberlandstrasse und die Bahnhofstrasse ins Eigentum der Stadt Uster über. Im Gegenzug übernahm der Kanton Zürich die Oberlandstrasse ab Brunnen- bis Dammstrasse sowie die Damm- und Berchtoldstrasse. Dem Geschäftsbericht wurde in der KPB einstimmig zugestimmt.

GF Stadtraum und Natur

Für die KPB referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Wir können feststellen: Das Geschäftsfeld Stadtraum und Natur ist auf Kurs. Die neue Organisationsstruktur hat sich bewährt und die Abläufe haben sich eingespielt.*

Das Geschäftsfeld ist zwar arm an Indikatoren, weil viele der formulierten Ziele keine messbaren Grössen enthalten, aber überaus wichtig für das Ustermer Stadtbild. Stammen doch nicht zuletzt die Gestaltungspläne aus dieser Küche. Projekte wie der Park am Aabach, der Gerichtsplatz, das Zeughausareal und die Schiffflände befinden sich im Vorwärtsgang.

Ein weiteres Grossprojekt ist das Stadtentwicklungskonzept 2035, das 2017 startete. Politisch nicht ganz unumstritten sind aktuelle Projekte zu den Themen Buslinien und Abstellplatzverordnung. Auch bei den Finanzen stehen die Ampeln auf „Grün“. Wie gewohnt, sorgt insbesondere der praktisch nicht zu budgetierende ZVV-Beitrag für eine Abweichung.

Bei den Investitionen ergab sich eine Differenz, weil ein Baufortschritt schon früher erledigt und abgerechnet werden konnte, die Subventionen dazu aber erst 2019 zu erwarten sind.

KPB und RPK haben dieses Geschäftsfeld einstimmig gutgeheissen.

GF Hochbau und Vermessung

Für die KPB referiert Karin **Niedermann** (SP): *Auch 2017 war die Bautätigkeit in Uster ungebrochen, sichtbare Beispiele sind Kern Uster Süd oder der Umbau des Illuster. Weitere grosse aktuelle Themen waren die Umsetzungen zu übergeordneten Verordnungen, wie das ein Reglement für das Geoinformationssystem und die Umsetzung der Nationalen Lärmschutzverordnung, wo die Stadt die Lärmbelastung auf den Gemeindestrassen erhob, und etwa 25 % der Beiträge an Schallschutzfenster bereits geleistet hat.*

Im Weiteren berichtete der GF-Leiter von der erfolgreichen Verpflichtung eines neuen Stadtgeometers (was sozusagen einem Lotto-Sechser nahe kommt).

Die Wirkungsprüfung wurde in der LG Vermessung durchgeführt. Für den Indikator I 01 sind aber noch keine detaillierten Zahlen vorhanden und die Kennzahl K03 ist neu. In der Subkommission wurde angemerkt, dass sie aussagekräftiger sein sollte betreffend Gesamtpendenzen. Der Abbau der Pendenzen betreffend Nachführungsarbeiten in der amtlichen Vermessung ist denn auch ein Ziel dieser Leistungsgruppe.

Es wurde der Antrag gestellt, K04 zu streichen, weil sie keinen Sinn mehr macht, da die Handänderungen seit 2017 digital vom Notariat als Gesamtpaket übernommen werden.

In der LG Baubewilligungen lieferte wie fast immer die Anzahl ‚intern erledigte Baugesuche‘ (K 02) und die Anzahl ‚Zuteilungen extern‘ (K 03) etwas Diskussionsstoff. Es ist wurde aber betont und das ist auch gut nachvollziehbar, dass die Komplexität entscheidend ist und nicht die pure Anzahl. Komplexe Verfahren werden eher intern behandelt.

*In der LG Architektur/Denkmalpflege wird ab 2018, zukünftig jeweils ein kleiner Zusatzbericht mit exemplarischen Beispielen zur Art der Geschäfte erhältlich sein; dies auf Wunsch der KPB letztes Jahr, weil I 01 und K01 so keine grosse Aussagekraft haben.
Die KPB hat das Geschäftsfeld mit einer Abwesenheit einstimmig gutgeheissen.*

Pause von 19:27 Uhr bis 19:59 Uhr.

GF Koordination Bildung

Für die KBK referiert Anita **Borer** (SVP): *Das Geschäftsfeld Koordination Bildung schliesst mit einem Globalkredit von CHF 2.37 Mio. und damit um CHF 88'000.- besser als budgetiert ab. Die Finanz- und Controlling-Prozesse werden zurzeit aktualisiert. 70 Stellenprozente der Fachperson Finanzen werden voraussichtlich wieder in die Abteilung Bildung zurückgeführt. Die künftige Organisationsstruktur der PSU ist zurzeit ebenfalls Diskussionsthema. Die Vorgabe des kantonalen Volksschulamtes, wonach schulpsychologische Kleindienste per 31. Juli 2017 aufzulösen seien, führte im Jahre 2017 zu etlichen neuen Formationen des Schulpsychologischen Dienstes im Kanton wie auch im Bezirk Uster. Die Gemeinde Volketswil, die bisher Uster angegliedert war, hat inzwischen einen gemeindeeigenen Dienst eröffnet. Durch tiefere Besoldungskosten ist ein Überschuss in der LG Schulpsychologischer Dienst entstanden. Die MSUG soll zwischenzeitlich vom VZK-Gebäude ins Dorfschulhaus umziehen, bis sie voraussichtlich ins Zeughaus einziehen kann. Diese Zwischenlösung werde von der MSUG begrüsst, da es auch kostenmässig attraktiv sei. Der Umzug der MSUG sei notwendig, weil die Spitex im Hinblick auf die Gesamtstrategie mit der Gesundheitsmeile in das VZK-Gebäude einziehen werde. Die Frage werde im Zusammenhang mit dem entsprechenden Antrag an den Gemeinderat noch geklärt. Die Nachfrage nach den Angeboten der MSUG stagniert. Vor allem Blasinstrumente werden weniger nachgefragt. Die Rechnung des GF Koordination Bildung wurde von der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) einstimmig genehmigt.*

GF Sicherheit

Für die KÖS referiert Giuseppe **Biacchi** (SVP): *Das Geschäftsfeld Sicherheit schliesst die Jahresrechnung 2017 mit einer Unterschreitung des bewilligten Budgets von CHF 665'000 ab. Die Budgetabweichung des LG Stadtpolizei im Jahre 2017 (konkret netto 733'000 unter Budget) hat primär die folgenden Gründe. Die Erträge im Bereich Parkraumbewirtschaftung fielen im Jahr 2017 um ca. 850'000 höher aus als budgetiert. Die Ordnungsbussenerträge fielen allerdings ca. CHF 120'000 tiefer aus als budgetiert.*

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Einführung der Parkierungsverordnung (PaVo) waren zum Zeitpunkt der Budgeterstellung (Frühling 2016) einige Punkte noch ungewiss, was zu einer entsprechenden (retrospektiv betrachtet vorsichtigen) Budgetierung 2017 führte. Vordergründig zu erwähnen gilt es in diesem Zusammenhang die seinerzeit noch unbekanntes Kundenfrequenzen aufgrund des Neubaus des Hallenbads, die seinerzeit noch unklare Anzahl von Besuchern im Zusammenhang mit den Besucherparkkarten oder die seinerzeit noch unklare Anzahl von potentiellen an Institutionen zu verkaufende Sonderparkkarten (z. B. Spital und Wagerhof).

Fragen zur Jahresrechnung wurden den Verantwortlichen des Geschäftsfeldes im Vorfeld zur Besprechung schriftlich eingereicht. Die Fragen wurden schon vor der gemeinsamen Besprechung schriftlich beantwortet.

In diesem Jahr fand die Wirkungsprüfung über die Geschäftsfelder Sicherheit, Publikumsdienste, Recht und Vollstreckung statt.

GF Publikumsdienste

Für die KÖS referiert Ivo **Koller** (BDP): *Mit einem Ergebnis von CHF 1'440'000 wurde der Globalkredit im Geschäftsfeld Publikumsdienste um CHF 42'000 überschritten. Wegen der hohen Wasserrechnung beim Friedhof und den Mindereinnahmen bei den Familiengräbern wurde letzten Sommer ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 96'000 gestellt. Der Gemeinderat kam diesem Begehren am 25. September 2017 nach (Weisung 101/2017). Mit der vorliegenden Rechnung ist bekannt, dass vom bewilligten Nachtragskredit lediglich CHF 42'000 beansprucht wurden. Insgesamt hat die Subkommission den Eindruck, dass sich das Geschäftsfeld in ruhigem Fahrwasser bewegt, so kam es auch in der KÖS zu keiner nennenswerten Diskussion. In diesem Jahr wurde eine Wirkungsprüfung über das gesamte Geschäftsfeld durchgeführt. Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit empfiehlt den NPM-Jahresbericht zu genehmigen.*

GF Recht und Vollstreckung

Für die KÖS referiert Marius **Weder** (SP): *Das vorliegend zu behandelnde Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung gab weder in der Subkommission noch in der gesamten Kommission Anlass zu grossen Fragen oder Diskussionen. Betrachtet man die Zahlen, so fällt auf Seite M/1 auf den ersten Blick eine doch äusserst markante Abweichung von minus CHF 181'000 auf minus CHF 122'000 statt den budgetierten plus 60'000 auf. Hierzu ist allerdings zu erwähnen, dass dieses Minus im Aufwand effektiv ein Plus um diesen Betrag darstellt, die Stadt Uster hier also CHF 122'000 eingenommen statt der budgetierten CHF 60'000 ausgegeben hat. Und hier liegt denn auch der Grund: In der Leistungsgruppe Stadtmann- und Betreibungsamt sind - wie bereits im Vorjahr - höhere Gebühreneinnahmen angefallen, was nebst erfolgten Leistungsüberprüfungsmassnahmen zu diesem Gewinn geführt hat. Anzumerken ist, dass sich die fraglichen Gebühren aus der Gebührenverordnung zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) ergeben und in einem gewissen Prozentsatz zu den seitens der Gläubiger in Betreuung gesetzten Forderungen stehen. Die Stadt hat also auf diesen durchaus erfreulichen Budget- bzw. Rechnungspunkt bei genauer Betrachtung keine relevante Einflussmöglichkeit. Sollten sich die Gebühreneinnahmen über mehrere Jahre hinweg auf diesem Niveau bewegen, wäre diesem Umstand bei der Budgetierung Rechnung zu tragen. Während im Vorjahr in der Leistungsgruppe Stadtmann- und Betreibungsamt der Stellenplan noch um 0.3 Jahresstellen unterschritten wurde, wurde er nun im vergangenen Jahr um 0.7 Jahresstellen überschritten, was allerdings durchaus seine Richtigkeit hat: Per 1. Dezember 2017 erfolgte die vom kantonalen Betreibungsinspektorat empfohlene Stellenaufstockung im Betreibungsamt. Dank dieser Aufstockung um eine Stelle im Pfändungsbereich konnten die Fallzahlen pro Mitarbeiter auf das vom Kanton empfohlenen Mass gemäss Kennzahl K13 gesenkt werden. Wie in den Geschäftsfeldern Sicherheit und Publikumsdienste wurde auch in diesem Geschäftsfeld die Wirkungsprüfung vorgenommen durch die Subkommission. Die Wirkungsprüfung gab zu keinerlei relevanten Beanstandungen Anlass. Die KÖS hat auch dieses Geschäftsfeld bei einer Abwesenheit einstimmig angenommen.*

GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert Beatrice **Caviezel** (Grünliberale): *Das Budget für das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit belief sich auf 13'703'000 Franken. Das Budget konnte nicht eingehalten werden, was die Abteilung veranlasste, einen Nachtragskredit von 1'045'000 Franken einzureichen (645'000 Fr. LG Sozialversicherung sowie 400'000 Fr. LG Familienergänzende Betreuung). Am 25. September wurde dieser durch den Gemeinderat bewilligt. Der Gesamtkredit wurde dennoch nochmals um Fr. 32'000 überschritten.*

Die Kosten, die dem GF Soziale Sicherheit zugeordnet sind, liegen leicht unter dem Budget. Der Aufwand ist zudem in den letzten 3 Jahren rückläufig. Abhängig ist die Zahl von der Anzahl Sonderschulheimplatzierungen, an deren Kosten sich die Abteilung Soziales mit 50 % beteiligen muss, wenn soziale Faktoren mit zur Platzierung geführt haben.

In der LG Sozialversicherung gab es eine leichte Zunahme von Neugesuchten für Zusatzleistungen. Die Zusprechungsquote sank jedoch sowohl bei den AHV- wie auch bei den IV-Zusatzleistungen. Hauptsächlicher Ablehnungsgrund war ein zu hohes eigenes Einkommen. Die Anzahl der Bezügerinnen und Bezüger von IV-Zusatzleistungen ist leicht angestiegen und betraf Personen in Heimen. Ebenfalls ist ein Anstieg bei den Betagten zu verzeichnen, die Zusatzleistungen benötigen. Die Zunahme der Leistungsbezügerinnen und -bezüger wie auch die höheren durchschnittlichen Fallkosten sind die Hauptgründe für die Erhöhung des Bruttoaufwandes um rund 800'000 Fr. bei den AHV-Zusatzleistungen im Vergleich zu 2016. Bei den Zusatzleistungen für Hinterlassene erhöhten sich die Kosten auf Grund einer starken Erhöhung der Fallzahlen. Es scheint, dass die Zahlen aufgrund der Entwicklung der Vorjahreszahlen 2015/2016 zu tief budgetiert wurden.

Im Bereich der LG Familienergänzende Betreuung (FEB) ist die Aufhebung des Hortangebotes und der Aufbau einer dritten Krippengruppe der Heusser-Staub-Stiftung zu verzeichnen. Alle Gruppen bieten neu drei Säuglingsplätze an. Das Angebot dieser FEB-Trägerschaft für Säuglinge verdoppelt sich damit und wirkt sich positiv auf die Nachfrage bei Säuglingsplätzen aus. Die Anzahl Kinder auf der Warteliste hat sich deutlich verringert. Auch für die LG Familienergänzende Betreuung musste im September 2017 ein Nachtragskredit bewilligt werden. Die Gründe liegen bei der schwierigen Abschätzung des Beitrages, den die Eltern an die Platzierungskosten ihrer Kinder bezahlen müssen. Die Kostenbeteiligung der Eltern ist im Vergleich zum Vorjahr um 1 % gesunken.

In der LG Kindes- und Erwachsenenschutz verzeichnet die KESB auch im Jahr eine Zunahme der neuen Gefährdungsmeldungen. Zudem hat sich die Anzahl Behördenentscheide betreffend Validierung eines Vorsorgeauftrages erhöht. Hier muss mit einer weiteren Zunahme in der Zukunft gerechnet werden. Neben den beiden bereits bestehenden Leistungsaufträgen «Sozialberatung» und «Treuhanddienst/Rentenverwaltung» der Pro Senectute konnte neu der Leistungsauftrag «Begleitung private Beistandspersonen» abgeschlossen werden. Die KSG hat das Geschäftsfeld einstimmig gutgeheissen.

GF Gesundheit

Für die KSG referiert Silvio **Foiera** (EDU):

Synopsis: Das GF Gesundheit befindet sich in gutem Zustand, es gab ausser einigen Kleinigkeiten kaum fragwürdige oder erklärungsbedürftige Posten, welche vertiefter Abklärung bedurft hätten. Die Frage, wie genau «tiefere Lohnkosten und weniger externe Dienstleistungen» zu verstehen sind, wurde wie folgt beantwortet: «Die Lohnkosten sind aufgrund eines Rotationsgewinnes tiefer ausgefallen als budgetiert. Zudem wurden weniger externe Beratungsaufträge vergeben.»

LG Abfall und Umwelt

In der LG Abfall und Umwelt ist festzuhalten, dass einerseits die Recycling-Quote leicht gesunken und 0.8% Punkte unter dem anvisierten Ziel von min 55% liegt.

Die jährlichen Gesamtkosten zur Abfallbewirtschaftung je Einwohner sind zwar leicht gestiegen, liegen jedoch immer noch rund 8 Prozentpunkte unter den Budgetvorgaben.

Die Entsorgungsgebühren sind um CHF 0.54 leicht gesunken, liegen jedoch noch knapp unter dem gesenkten budgetierten Differenz von CHF -32.-- (war 34.--) vom kantonalen Durchschnitt.

Fragen:

Seite O2 / I01: Was steht dem Erreichen der Recycling-Quote von 55 % im Weg?

Dies ist offenkundig ein Wohlstandsproblem, da mit gestiegenem Konsum deutlich mehr nicht Recycling fähiges Material in die Entsorgung gelangt, was die Quote drückt.

Seite O2 / I02: Lässt sich ein Indikator bestimmen, der zu einem Anstieg von 6 % der Abfallbewirtschaftungskosten geführt hat?

Dies ist primär auf geringeren Erlös der Wertstoffe, sowie auf gestiegene Transportkosten (Mulden) zurückzuführen.

LG Lebensmittelkontrolle

Die Lebensmittelkontrolle erbringt mit Ausnahme der Pilzkontrolle Pflichtleistungen die von Gesetz wegen erbracht werden müssen und lässt kaum Spielraum für Varianten.

Globalkredit

Vom genehmigten Globalkredit in Höhe von 532kCHF wurden 465kCHF ausgeschöpft. Somit verbleibt ein Restbetrag von 67kCHF innerhalb Budget was einem Ratio von 87.4% entspricht.

Fazit: Die KSG beantragt den Bericht sowie die Rechnung des Geschäftsfeldes Gesundheit zur Abnahme.

GF Pflege, Betreuung und Alter

Für die KSG referiert Ali **Özcan** (SP):

LG Spitex Uster: Es ist immer noch schwierig, geeignetes Pflegepersonal zu rekrutieren. Dadurch bleibt die hohe Belastung für das bestehende Personal. Nach der Reflexion des aktuellen Rekrutierungsverfahrens wurden als Unterstützung zur Personalsuche zusätzliche Varianten für Ausschreibungen und imagefördernde Hilfsmittel erarbeitet.

Nach dem ersten Modul «Recruiting» sind die erarbeiteten Erkenntnisse bei der Spitex Uster in die Praxis umgesetzt. Zum Beispiel wirbt die Spitex Uster neu mit spezifischen Jobvideos für neues Personal (vgl. Homepage Stadt Uster).

Dass das Personal unter Druck ist und Mehrzeiten aufgebaut werden, die später kompensiert werden müssen, ist korrekt. Die Dienstleistungen leiden jedoch unter diesen Umständen keinesfalls. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Projekt «Hilfe für pflegende Angehörige» sind positiv. Die Nachfrage ist vorhanden und Angehörige und Klienten sind froh über dieses Angebot. Mit Beratungen zu Sozialleistungen (z. B. Hilflosenentschädigung) oder im Handling von Hilfsmitteln konnte schon geholfen werden. Auch wurden die Spitex-Prospekte und Druckwaren neu konzipiert.

Mit der Stadt Uster haben rund 80 verschiedene externe Spitexanbieter (inkl. selbständig erwerbende Pflegefachleute) 2017 ihre erbrachten Leistungen gemäss ärztlicher Verordnung abgerechnet. Teilweise sind dies Einzelaufträge, teilweise auch längerfristige grössere Aufträge.

Beiträge an externe Heime: Die Kosten für «Beiträge an externe Heime» Personen sind jährlich steigend, u.a. aufgrund von steigenden Pflorgetarifen der Heime, welche die Gesundheitsdirektion jährlich festsetzt. Von den Gesamtkosten, welche für die Pflege anfallen, bezahlt der Bewohner/die Bewohnerin max. Fr. 21.60/Tag, die Krankenkasse max. Fr. 108.-/Tag. Die Gemeinde bezahlt die sog. Restkosten, das sind zwischen Fr. 4.60 und rund Fr. 204.-/Tag, je nach Grad der Pflegebedürftigkeit.

Die Kostenentwicklung findet ausschliesslich zulasten der Gemeinden statt und wäre politisch zu überprüfen. Die Kassentarife wurden seit 2013 nicht mehr angepasst. Hier müsste die Politik auf kantonaler oder Bundes Ebene eine Systemanpassung vornehmen und die Krankenkassen mehr in die Kostenpflicht nehmen.

Wir beantragen den Jahresbericht 2017 für das Geschäftsfeld Pflege, Betreuung und Alter gutzuheissen. Die KSG hat das Geschäftsfeld einstimmig gutgeheissen.

GF Sport

Für die KBK referiert Barbara **Keel** (SVP): *Das Geschäftsfeld Sport schliesst das Jahr 2017 mit einem Aufwand von Fr. 2.013 Mio. und somit Fr. 136'000 oder 6.3 % unter dem Globalbudget 2017 ab.*

Die Budgetunterschreitung ist auch wie in den Jahren 2015 und 2016 in der LG Bäder entstanden. Erfreulicherweise fielen die Erträge aus dem Hallenbad höher aus als budgetiert. Die Ausgaben wurden daher um Fr. 254'000 unterschritten. Die grösste Budgetabweichung ist in den LG Sportanlagen und Sportförderung zu finden (Fr. 116'000). Dies aufgrund dessen das neue Feuerpolizeiliche Massnahmen umgesetzt werden mussten (Brandschutz im Bereich der Sporthalle Buchholz). Ebenso wurde die Finnenbahn kurzfristig saniert. Beide Posten waren nicht im Budget 2017.

Beim Personal wurde aufgrund der hohen Besucherzahl im Hallenbad eine neue Bademeisterstelle im 80% Pensum geschaffen.

Der Indikator I03 verbesserte sich, trotz zusätzlichem Fussballfeld Nr. 7 nicht, da nicht die Anzahl Spiele massgebend sind, sondern die Spiel-Tage.

Seit Jahren wurde das Globalbudget vom GF Sport nicht überschritten. Der Bevölkerung von Uster wird ein gutes Angebot zur Verfügung gestellt. An dieser Stelle, ein herzliches Dankeschön an Esther Rickenbacker und dem ganzen Team aus der Abteilung für die geleistete Arbeit. Das Geschäftsfeld Sport gab in der Sachkommission keinen Anlass für grössere Diskussionen und wurde einstimmig gutgeheissen.

4.4 Geschäftsbericht Sozialbehörde

GF Sozialhilfe

Für die KSG referiert Florin **Schütz** (SP): *Das Budget 2017 für das Geschäftsfeld Sozialhilfe belief sich auf CHF 8'828'000, dieser Betrag wurde um CHF 534'000 überschritten. Mehrausgaben für die Stadt Uster fielen insbesondere an, da der Kanton seit April 2017 die Sozialhilfe-Aufwendungen von Personen mit anderem Bürgerort als dem Kanton Zürich, welche noch nicht zwei Jahre im Kanton Zürich wohnen, nicht mehr vergütet. Der Gemeinderat genehmigte an der Sitzung vom 25. September 2017 einen Nachtragskredit von CHF 650'000 für das Geschäftsfeld Sozialhilfe. Dieser wurde nicht im vollen Umfang ausgereizt bzw. um rund CHF 120'000 unterschritten. Die finanzielle Nettobelastung für die Sozialhilfe fiel gegenüber dem Vorjahr leicht tiefer aus. Gestiegen sind die Anzahl Fälle mit Sozialhilfebezug sowie die Anzahl Fälle in der Berufsbeistandschaft. Die Zahlen bestätigten den Wachstumstrend der Vorjahre. Bei der Anzahl zugesprochener Leistungen im Verhältnis zu den Anmeldungen wurde die angestrebte Zahl von 50 % mit 37 % deutlich verfehlt. Grund hierfür waren viele Ablehnungen aufgrund von zu hohen Einnahmen oder zu hohem Vermögen. Die Personalsituation bei der Sozialberatung hat sich 2017 beruhigt. Aufgrund von krankheits- und unfallbedingten Ausfällen, kam es aber dennoch zum Einsatz von temporären Arbeitskräften. Auch im Jahr 2017 betrug die Aufnahmequote von Asylsuchenden 0.7 % der Bevölkerungszahl. Die Asylgesuche in der Schweiz und die Anzahl Personen mit rechtskräftigem negativem Asylentscheid nahmen hingegen stark ab, was im Oktober 2017 auch zur Schliessung der Notunterkunft (NUK) Uster führte. Uster muss darum bis spätestens 1. Januar 2019 90 zusätzliche Asylsuchende aufnehmen. Die Anzahl betreuter Personen mit einem N-Ausweis nahm im Vergleich zum Vorjahr von 91 auf 63 Personen deutlich ab, dies aufgrund der zunehmenden Zahl an Asylentscheiden. Dementsprechend stieg die Zahl der betreuten Personen mit einem F-Ausweis von 52 auf 67. Auch 2017 existierten diverse Angebote für sprachliche, soziale und berufliche Integration. Erwähnt sei an dieser Stelle auch die wichtige Arbeit von zahlreichen Freiwilligen, die etlichen Asylsuchenden mit Deutsch-Kursen und weiteren Angeboten zur Seite standen. Die KSG hat das Geschäftsfeld Sozialhilfe einstimmig gutzuheissen.*

4.5 Geschäftsbericht Primarschulpflege

GF Primarschule

Für die KBK referiert Anita **Borer** (SVP): *Das Geschäftsfeld Primarschule schliesst mit einem Globalkredit von CHF 38.52 Mio. und damit um CHF 2.16 Mio. schlechter als budgetiert ab. Die Gründe dafür wurden bereits im Zusammenhang mit dem Nachtragskredit 2017 diskutiert. Es wurde nicht der ganze Nachtragskredit ausgeschöpft. Ins Gewicht fallen vor allem die höheren Personalkosten sowie höheren Ausgaben in der LG Sonderpädagogik. Die Ausgaben für die Tagesstrukturen inkl. Tagesschule waren etwas höher als im Vorjahr, jedoch geringer als budgetiert. Der Anteil der Vollzahler bzw. das Verhältnis zwischen Vollzahler, Teilsubventionierte und Minimalzahler ist dabei entscheidend. Er liegt bei den Tagesstrukturen bei 51.4 und bei der Tagesschule bei 62.3 Prozent. Der Entscheid über die definitive Einführung der Tagesschule wird im ersten Quartal 2020 gefällt. Entsprechend muss die Evaluation frühzeitig im Jahr 2019 stattfinden. Messkriterien werden das pädagogische Konzept, die Qualität und die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler, der Eltern*

sowie der Lehrpersonen sein. Explizit gewünscht wird auch eine Vergleichbarkeit der Kosten zwischen den Tagesstrukturen mit Mittagstisch und der Tagesschule.

Die Erhebungsmethode und die ungenauen Zahlen zum Personalbestand seien auf die veraltete Personaldatenbank zurückzuführen und würden nun oft händisch ausgewertet. Künftig ermittelt die PSU die gemittelten Jahreszahlen, da diese aussagekräftiger seien. Die Zahlen sollten ab IST 2018 vergleichbar sein.

Der Sonderschulstatus wurde allgemein häufiger vergeben. Die Mehrkosten von CHF 581'000 für die «Integrative Sonderschulung» (ISR) sind vor allem aufgrund eines erhöhten Betreuungsaufwands für einzelne Schülerinnen und Schüler entstanden. Enthalten in diesen Kosten sind auch sonderpädagogische Massnahmen für den DaZ Anfangs- und Aufbauunterricht.

Verschiedene Massnahmen auf kantonaler und kommunaler Ebene zielten darauf ab, die Sonderschulquote zu reduzieren. Eine tiefere Sonderschulquote korreliert jedoch negativ mit den Fallkosten, da der Aufwand pro Kind generell steigt. Vor diesem Hintergrund wird die PSU das Festlegen der ISR-Quote (I 01) und der Fallkosten (I 04) überdenken.

Die Rechnung des GF Primarschule wurde von der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) einstimmig genehmigt.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 34:0 Stimmen:

- 1. Der NPM-Jahresbericht 2017 wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Weisung 118/2018 des Stadtrates: Jahresrechnung 2017

Gemeinsame Behandlung mit TOP 4 (Weisung 113/2018).

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

- 1. Die Jahresrechnung 2017 der Stadt Uster wird genehmigt.**
- 2. Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwand von 247'130'500.17 Franken und Ertrag von 251'598'556.11 Franken und einem Ertragsüberschuss von 4'468'055.94 Franken ab.**
- 3. Die Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen zeigt bei Ausgaben von 39'426'302.35 Franken und Einnahmen von 1'924'446.32 Franken Nettoinvestitionen von 37'501'856.03 Franken**
- 4. Die Investitionsrechnung Finanzvermögen weist bei Ausgaben von 2'308'431.09 Franken und Einnahmen von 503'700.00 Franken eine Nettoveränderung von minus 1'804'731.09 Franken aus.**
- 5. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von 353'887'590.28 Franken. Das Eigenkapital steigt um den Ertragsüberschuss 4'468'055.94 Franken auf 148'287'910.93 Franken.**
- 6. Mitteilung an den Stadtrat und den Bezirksrat.**

6 Kenntnismnahmen

Rechtskraftbescheinigungen:

- Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 16. April 2018 sind beim Bezirksrat Uster bis 5. Juni 2018 keine Rechtsmittel eingelegt werden.
- Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 7. Mai 2018 sind beim Bezirksrat Uster bis 22. Juni 2018 keine Rechtsmittel eingelegt werden.

Die Geschäftsleitung hat mit Zirkularbeschluss vom 8. Juni 2018 folgende Fristverlängerungen bewilligt:

- Postulat 614/2017, Bericht und Antrag des Stadtrates bis 6. November 2018
- Anfrage 627/2018, Antwort bis 4. September 2018

Der Stadtrat hat folgende Anfragen beantwortet:

- 623/2018 von Paul Stopper (BPU): vom 12. Februar 2018:
Umorganisation der Buslinie 812 und Einführung einer neuen Linie 818
(Stadtratsbeschluss vom 26. Juni 2018)
- 624/2018 von Marius Weder (SP) vom 13. März 2018:
Nutzung der Villa am Aabach seit 2014 und Pläne für die Zukunft
(Stadtratsbeschluss vom 12. Juni 2018)
- 625/2018 der FDP-Fraktion vom 19. März 2018:
Bildungsstandort Uster
(Stadtratsbeschluss vom 5. Juni 2018)
- 628/2018 von Paul Stopper (BPU) und Werner Kessler (BPU) vom 3. April 2018:
Schliessung der Freudwilerstrasse für den allgemeinen Fahrverkehr zugunsten einer kostengünstigen Lösung für einen sicheren Radverkehr
(Stadtratsbeschluss vom 26. Juni 2018)
- 633/2018 von Paul Stopper (BPU) vom 7. Mai 2018:
Weiteres Vorgehen bei der Unteren Farb
(Stadtratsbeschluss vom 26. Juni 2018)

Der Stadtrat hat sich am 3. Juli 2018 für die Amtsdauer 2018-2022 konstituiert:

Stadtpräsidentin	Barbara Thalmann
Vizepräsident und Sicherheit	Jean-François Rossier
Bildung und Präsidentin der Primarschulpflege	Patricia Bernet
Soziales	Petra Bättig
Finanzen	Cla Famos
Bau	Stefan Feldmann
Gesundheit	Karin Fehr Thoma
Stadtschreiber	Daniel Stein

Der Stadtrat hat am 3. Juli 2018 für die Amtsdauer 2018-2022 seine Delegationen festgelegt.

Die Sekundarschulpflege Uster hat sich am 5. Juli 2018 für die Amtsdauer 2018-2022 konstituiert:

Präsident	Benno Scherrer
Vizepräsidentin	Sabine Balmer-Kunz
Mitglied Qualität und Personelles	Katrin Bringolf Kunz
Ressortdelegierte Finanzen	Margrit Bucher-Heer
Ressortdelegierte Qualität und Personelles	Isabelle Strasser-Mayer
Ressortdelegierte Sonderpädagogik	Ruth Gsell-Egli
Ressortdelegierter Informatik	Rolf Heckendorn
Mitglied Qualität und Personelles sowie Sicherheit	Ralf Kreienbühl
Ressortdelegierte Liegenschaften	Annett Krassnitzer Gmünder

Die Oberstufenschulpflege Nänikon-Greifensee hat sich am 2. Juli 2018 für die Amtsdauer 2018-2022 konstituiert:

Präsident	Ulrich Schmid
Vizepräsident und Fachbereich Finanzen	Patrick Schoch
Fachbereich Schülerbelange	Heike Krauss
Fachbereich Liegenschaften	Angela Lienhard
Fachbereich Personal	Urs Gabriel

Die Sozialbehörde hat sich am 3. Juli 2018 für die Amtsdauer 2018-2022 konstituiert:

Präsidentin	Petra Bättig
Vizepräsident	Urs Salzmann
Mitglieder	Johannes Spring
	Beatrice Ulmer
	Christina Binden
Sekretär	Armin Manser
Sekretär-Stellvertreterin	Petra Spinass

Die Mitglieder des Gemeinderats haben erhalten am

- 5. Juni 2018: Einladung der Post AG zur Eröffnung der neuen Postfiliale Uster 1 auf Montag, 2. Juli 2018, 10:15 Uhr bis ca. 12:00 Uhr in der Schaltherhalle, Gerichtsstrasse 4 in Uster (vergleiche Seite 34)
- 11. Juni 2018: Einladung zum 6. Kulturgelage auf Samstag, 30. Juni 2018, 9 Uhr bis 12:30 Uhr im Zeughausareal Uster (Event-Raum)

Die Fraktionspräsidien haben am 4. Juni 2018 pro memoria erneut erhalten:

- Einladung zum XXII. Ratsherren-Schiessen auf Montag, 16. Juli 2018 in Wädenswil mit Anmeldetalon, Einzahlungsschein und Schiessreglement (vergleiche Seite 34)

Der Ratspräsident sowie die Mitglieder der KBK und der RPK haben am 6. Juni 2018 erhalten:

- Einladung der Primarschulpflege zum Jahresschlussessen auf Freitag, 6. Juli 2018, 18 Uhr

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 3. September 2018 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

16.7.2018

Der Präsident
Matthias Bickel

13.8.2018

Die Stimmzähler
Hans Keel

Meret Schneider i. V.

Balthasar Thalmann